



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

**Rede von Joachim Poß, MdB
bei der Maikundgebung der IG BCE Ortsgruppe Herringen
in der Glückauf-Halle, Hamm-Herringen**

1. Mai 2009

Es ist gute Tradition für uns, am 1. Mai innezuhalten und uns zu fragen: „Unter welchen Bedingungen arbeiten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land?“

Oder weiter gefasst: „Unter welchen Bedingungen leben die Menschen in unserem Land?“

Vor dem Hintergrund der weitreichenden aktuellen Krise fällt es schwer, eine eindeutige Antwort auf diese Fragen zu geben:

Jeden Tag können wir sehen, was für ein **Zerstörungspotenzial in den Verwerfungen der Finanzmärkte steckt**. Jeden Tag können wir erleben, wie die Krise – ausgelöst durch die Jagd nach überzogenen Spitzenrenditen – Unternehmen und Arbeitsplätze bedroht. Jetzt wird allen klar: Das von der maßlosen Gier einzelner getriebene Finanz-Roulette der vergangenen Jahre war kein Spiel allein mit Geld, sondern mit Menschen, mit Arbeitsplätzen, mit Existenzen. Die Folgen bekommen wir jetzt alle zu spüren.

Gleichzeitig öffnet sich aber auch ein **Zeitfenster** für grundlegende Veränderungen. Weltweit begreifen immer mehr Politiker, Wissenschaftler und auch Unternehmer, dass ein Spiel ohne Grenzen und Regeln unseren Wohlstand nicht steigert, sondern gefährdet. Immer mehr Leute begreifen, dass wir weltweit eine Wirtschaftsordnung brauchen, die sich nicht gegen die Gesellschaft richtet, sondern ihr dient.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine solche Wirtschaftsordnung. Heute ist es an der Zeit, sie zu verteidigen und sie – wo nötig – zu erneuern. Das Soziale an der Marktwirtschaft wurde in über 150 Jahren hart erkämpft, von der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften.

Im Jahr 2009 geht es nun darum, das **Zeitfenster zu nutzen** und die Wirtschaft erneut auf das Soziale und Demokratische zu verpflichten. Das ist die gemeinsame Aufgabe von Sozialdemokraten, Gewerkschaften und den gutwilligen in allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen.

Wir alle stehen unter dem Eindruck der neuesten Konjunkturprognose, die Mittwoch in Berlin vorgestellt wurde: Deutschland soll in diesem Jahr den stärksten Wachstumseinbruch seit Kriegsende erleiden.

Viel wichtiger aber als dieser abstrakte Wert sind die konkreten Auswirkungen für die Menschen in unserem Land. Denn die Entwicklung von **Wirtschaftswachstum ist für uns noch nie Selbstzweck gewesen**: Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht

es nicht um ein Prozent Wirtschaftswachstum mehr oder weniger. Für sie geht es ganz konkret um die Frage, „**Ist mein Arbeitsplatz sicher?**“ Und: „Kann ich auch in den nächsten Monaten und Jahren mit einem vernünftigen und auskömmlichen Arbeitseinkommen für mich und meine Familie rechnen?“

Verantwortungsvolle Politik muss deshalb jetzt **zwei Aufgaben gleichzeitig** bewältigen:

1. Die akuten Folgen der Krise bekämpfen.
Das heißt zuallererst: Beschäftigung sichern!
2. Die **langfristigen Ursachen**, die mit zum Entstehen der Krise beigetragen haben – Stichworte ungezügelter Finanzmärkte, Steueroasen und falsche Anreizsysteme für Manager – , müssen beseitigt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass in Berlin die Vorschläge von Frank-Walter Steinmeier umgesetzt worden sind. Andere hatten diese Vorschläge nicht, sondern haben sich nur über die Höhe der Steuersenkungen gestritten. Es wurde mit zwei Konjunkturpaketen **zügig und entschlossen** auf die akute Krise **reagiert, ohne in Aktionismus** zu verfallen:

Nach dem ersten Aufschlag im November 2008 hat Frank-Walter-Steinmeier vor allen anderen zu Jahresbeginn ein weiteres umfassendes Konzept zur Stabilisierung der Realwirtschaft und zum Erhalt von Arbeitsplätzen vorgelegt. Dieser Plan war die Grundlage für das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung.

Beide Pakete zusammen haben ein **Volumen von rund 80 Milliarden Euro**. Damit wurde ein Mix von Maßnahmen auf den Weg gebracht, der – neben der notwendigen Stabilisierung der Banken – an drei Punkten gleichzeitig ansetzt, um Arbeitsplätze zu sichern:

1. **Wir packen an, was** in Städten und Gemeinden lange **liege geblieben ist**: Schulen, Kitas und Krankenhäuser werden saniert. Das schafft Arbeit für Handwerk und Bauwirtschaft vor Ort. Von der verbesserten Infrastruktur profitieren danach langfristig alle Bürgerinnen und Bürger.
2. **Arbeitnehmer, Familien** und all diejenigen, die es nicht so dicke haben, werden **finanziell entlastet**, um so zusätzliche Nachfrage zu schaffen:
 - Der Krankenversicherungsbeitrag, den auch die Rentnerinnen und Rentner zahlen, und die Steuern für kleine und mittlere Einkommen sinken.
 - Das Wohngeld wurde angehoben.
 - An Familien wurde ein einmaliger Kinderbonus in Höhe von 100 Euro pro Kind ausbezahlt. Für die 6- bis 13-jährigen Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern gibt es zusätzlich mehr Geld, ca. 430 Euro pro Jahr.
 - Jetzt müssen wir noch sicherstellen, dass die Renten **nicht** sinken.
3. Wichtig war es auch, **Anreize zu setzen**, damit die **Betriebe** auch bei schwieriger Lage **Entlassungen** so weit als irgend möglich **vermeiden**:
 - Unternehmen bekommen Hilfen, um ihre Arbeitnehmer in der Krise im Betrieb weiterqualifizieren zu können, statt sie zu entlassen.

- Die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes wird auf 24 Monate weiter verlängert.
- Die Umweltprämie für Neuwagen schiebt die Nachfrage im Automobilsektor an. Denn Hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen direkt oder indirekt vom Auto ab.

Jetzt sind die Unternehmen gefordert, die bestehenden Möglichkeiten auch zu nutzen: „**Qualifizieren statt entlassen!**“, muss jetzt das Motto lauten.

Es ist vernünftig, dass der Staat so viel Geld in die Hand genommen hat, um in der Krise gegensteuern zu können.

Es ist aber auch vernünftig, dass wir jetzt erstmal den **Maßnahmen Zeit geben, ihre Wirkung zu entfalten**. Man sollte auch nicht vergessen, dass man nicht von heute auf morgen jede beliebige Summe verbauen kann. Da gibt es auch Planungs- und Kapazitätsgrenzen.

Wer jetzt über das Ziel hinausschießt und dazu drängt, Unsummen in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen, der **schwächt langfristig die Handlungsfähigkeit** unseres Staates.

Und das war uns, die wir uns jedes Jahr am Tag der Arbeit versammeln, doch schon vor der Krise klar und deutlich: Nur ein starker Staat kann den Menschen Schutz vor den ungebremsten Kräften und Verwerfungen des Marktes bieten!

Wir fühlen uns bestätigt in unseren Warnungen vor den Gefahren eines ungezügelten Raubtierkapitalismus. Ebenso richtig war Franz Münteferings Hinweis auf die Heuschrecken.

Deshalb gab es auch von vornherein bestimmte Punkte, die für Sozialdemokraten trotz eines drängenden Koalitionspartners in Berlin von Anfang an nicht verhandelbar waren: Das Festhalten an der **Mitbestimmung in den Betrieben** und das **Festhalten am Kündigungsschutz** waren die Grundvoraussetzung, um sich überhaupt auf die große Koalition in Berlin einzulassen.

Diese Zusammenarbeit war und ist nicht vergnügungssteuerpflichtig. Aber im Moment backen – vor dem Hintergrund der Krise – viele deutlich kleinere Brötchen. Einige, weil sie nachdenklicher geworden sind, viele aber auch nur, weil sie Wendehälse sind, die ihr Fähnlein nach dem Wind richten.

Die hierin liegende Chance auf Veränderungen in unserem Sinne müssen wir jetzt nutzen, um auch die **langfristigen Ursachen**, die mit zum Entstehen der Krise beigetragen haben, zu beseitigen: Unsere Antwort auf die Krise lautet: Wir brauchen eine neue **Balance von Markt und Staat**.

Fehlanreize innerhalb der Unternehmen – wie sie z.B. durch überhöhte Bonuszahlungen für kurzfristige Erfolge an Manger bestehen – müssen weg. Schluss mit der Möglichkeit zur Selbstbedienung. Denn die Zeche dafür zahlen am Ende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben.

Gerade in dieser Woche ist wieder deutlich geworden, dass man bei der Beseitigung der Fehlanreize nicht bei allen Konzernlenkern auf Einsicht und Weisheit hoffen kann:

Da lässt sich ein Herr Ackermann wieder für das Erreichen **horrender Renditeziele** feiern. Dabei war es genau der wahnsinnige Wettlauf um immer irrwitzigere Renditen, der die Finanzkrise mit verursacht hat.

Den Uneinsichtigen, denen Rendite allein das Maß aller Dinge ist, muss Einhalt geboten werden!

Dies alles kann nur gelingen, wenn wir zu einem **fairen internationalen Wettbewerb** gelangen, in dem Regeln und Regulierung für alle Marktteilnehmer gelten. Wir müssen weiter Druck auf unsere europä-ischen und internationalen Partner ausüben, weil die Finanzmärkte nur international wirksam reguliert und beaufsichtigt werden können: Dazu gehört die **Beseitigung von Steueroasen** und die internationale **Stärkung von Verbraucherschutz** bei Finanzprodukten. Das, was beim G20-Treffen in London diesen Monat angestoßen worden ist, muss jetzt auch umgesetzt werden.

Aber auch innerhalb der Betriebe gibt es – unabhängig von der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise – Missstände, die wir beseitigen müssen.

Arbeit gehört zur Menschenwürde, aber sie muss eben auch menschenwürdig sein. Die Würde des Menschen ist unantastbar, das muss auch am Arbeitsplatz gelten.

Wenn in Supermärkten die Verkäuferinnen mit Videokameras bewacht werden, wenn der Arbeitgeber Mails mitliest oder heimlich Telefongespräche abhört, dann geht die Menschenwürde am Arbeitsplatz verloren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben ihre Rechte nicht am Werkstor ab, und auch nicht an der Bürotür. Sie haben ein Recht auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit ihren Daten.

Unser gemeinsames Ziel heißt: **Gute Arbeit**. Das bedeutet: menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gleiche Augenhöhe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, **keine Ausbeutung am Arbeitsplatz, humane Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mitbestimmung, Weiterbildung und Aufstiegschancen**. Respekt vor gut gemachter Arbeit. Die Konservativen sagen immer: „Leistung muss sich wieder lohnen“. Der Satz stimmt aber erst, wenn er für alle gilt, nicht nur für Manager. Er stimmt erst, wenn Menschen, die hart arbeiten, auch vorwärts kommen und nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen. Wir müssen dafür auch gewährleisten, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen. Und wir werden das Recht auf einen grundlegenden **Schulabschluss** einführen, damit auch Erwachsene die Möglichkeit bekommen, einen Abschluss nachzuholen.

Und nicht zuletzt stimmt das Wort von der Leistungsgerechtigkeit erst dann, wenn die Einkommen gerechter verteilt sind, wenn alle gute Arbeit bei fairem Lohn haben.

In einigen wichtigen der genannten Bereiche sind wir auf diesem Weg bereits ein gutes Stück vorangekommen:

Ein Stichwort ist die **Begrenzung von Managergehältern**. Kern unseres Ansatzes ist es, mit verschiedenen Regeln dafür zu sorgen, dass Manager wieder den langfristigen Erfolg für Unternehmen und Beschäftigte im Blick haben und sich nicht von kurzfristigem Renditestreben in die Irre führen lassen. Unsere Vorschläge werden inzwischen – wenn auch in einem mühsamen Prozess – vom Koalitionspartner geschluckt.

Letzte Woche hat die Union in den Verhandlungen, die ich für die SPD leite, auch endlich Zustimmung zu einer **Neuregelung der Managerhaftung** signalisiert. Es muss endlich Schluss damit sein, dass irgendwelche Manager erst ein Unternehmen vor die Wand fahren, und dann noch mit einem goldenen Handschlag nach Hause geschickt werden, ohne auch nur mit einem Cent ihres Privatvermögens für den angerichteten Schaden einstehen zu müssen! Keine Rundum-sorglos-Pakete mehr für Nieten in Nadelstreifen!

Das gilt umso mehr, wenn am anderen – nämlich am unteren – Ende der Einkommensskala um jeden Cent gefeilscht werden muss: Wir haben der Union in einem sehr, sehr zähen Prozess für mehrere Branchen die Zustimmung zu branchenbezogenen Mindestlöhnen abtrotzen können. Erst letzte Woche trat das **neue Arbeitnehmer-Entsendegesetz** in Kraft. Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet dies, dass sich ihre Anstrengung im Beruf auch finanziell wieder lohnt. Das ist ein wichtiger Schritt gegen Lohndumping und für mehr Fairness am Arbeitsmarkt. Weitere Branchen sind einbezogen [Altenpflege und ambulante Krankenpflege, Sicherheitsdienstleistungen, Abfallwirtschaft, Aus- und Weiterbildungsbranche, Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken und Waeschereidienstleistungen].

Darunter auch Bergbauspezialdienste im Steinkohlebergbau. Für rund vier Millionen Beschäftigte haben wir so die Voraussetzungen geschaffen, dass die Tarifparteien Mindestlöhnen für alle Beschäftigten festsetzen können und so Lohndumping verhindern können.

Aber gerade in einer Branche, in der Mindestlöhne ganz besonders wichtig wären, setzt die Union weiter auf Verweigerung mit allen Mitteln – bis hin zum Wortbruch. Gerade den Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche wollen Merkel & Co. die so dringend gebrauchten Lohnuntergrenzen vorenthalten.

Deshalb sagen wir trotz der Teilerfolge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jetzt von Mindestlöhnen profitieren: Solange es in Deutschland Armutslöhne gibt, werden wir – gemeinsam mit dem DGB – weiter den **gesetzlichen Mindestlohn** für alle fordern: Schließlich werden nach wie vor hunderttausende vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer so schlecht bezahlt, dass ihr geringer Lohn durch die Steuerzahler noch subventioniert werden muss.

Die Gegner von Mindestlöhnen – wie Frau Merkel – versündigen sich also doppelt: Sie machen sich erst zu Komplizen von Ausbeutern und bitten danach den Steuerzahler für ihr politisches Versagen zur Kasse. Denn jeder Euro, den sich ein Arbeitgeber durch Dumpinglöhne spart, muss später durch den Steuerzahler wieder draufgelegt werden. Jemanden vollzeit arbeiten zu lassen, um ihn dann mit einem Lohn nachhause zu schicken, der nicht zum Leben ausreicht, ist einfach schäbig.

Auch wenn es vielen noch an moralischer und ökonomischer Einsicht bei diesem Thema mangelt: Wir bleiben bei unserem Ziel: Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn für alle.

Ob wir den kriegen, hängt auch ganz wesentlich vom Ausgang der nächsten Wahlen ab:

Das geht los bei den Europawahlen und geht über die Kommunal- bis hin zu den Bundestagswahlen.

Das Europaparlament scheint uns manchmal weit weg zu sein. Aber gerade dort entscheidet sich nach den Wahlen am 7. Juni, in was für einem Europa wir in den nächsten Jahren leben werden: Soll es ein **soziales Europa** sein, in dem die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vordergrund stehen, oder wird es das Europa der Konservativen und Marktfundamentalisten sein, in dem schwerpunktmäßig dereguliert und entstaatlicht wird?

Denn täuschen wir uns nicht – im Moment herrscht Schweigen bei denjenigen, die früher der Deregulierung, dem Sozialabbau und dem Abbau von Arbeitnehmerrechten das Wort geredet haben. Bei vielen wird sich aber erst noch zeigen müssen, ob tiefere Einsicht sie zum Schweigen bringt, oder ob sie sich nur vor dem Zeitgeist wegducken.

Und wer wüsste das besser als wir hier in NRW: Selbst die Konservativen haben in letzter Zeit **sozialdemokratisch reden gelernt, weil sie wissen, dass das dem Zeitgeist entspricht**. Das Phänomen kennen wir von Rüttgers. Aber hinter der Rhetorik liegt in der praktischen Politik nach wie vor die alte Melodie: Mehr Wettbewerb, weniger Staat, mehr Privatisierung, weniger öffentliches Eigentum, weniger Arbeitnehmerrechte, niedrigere Löhne. Man muss sich das Kleingedruckte anschauen, nicht nur die Überschriften.

Wenn es nämlich wirklich zur Nagelprobe kommt, dann kommt wenig Unterstützung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Düsseldorf. Ich kann mich noch genau erinnern, wie schwierig es war, der **Gelb-Schwarzen Landesregierung Zugeständnisse für eine eventuelle Fortsetzung des Bergbaus abzurufen**.

Wenn es nach Rüttgers gegangen wäre, dann wäre der Ausstieg aus der Kohleförderung in NRW bereits unwiderruflich beschlossen. IGBCE und SPD haben ohne Unterstützung durch den Sozialschauspieler Rüttgers dafür gekämpft, alle **Chancen auf eine Fortführung des Bergbaus offen zu halten**. Rüttgers, der selbsternannte Arbeiterführer, wollte dagegen für immer einen definitiven Schlussstrich unter die Bergbaugeschichte in NRW ziehen.

Das Ergebnis der nächsten Bundestagswahl wird – gemeinsam mit den danach folgenden Landtagswahlen – auch darüber mitentscheiden, welche Rolle der heimische Steinkohlebergbau zukünftig bei unserer Energieversorgung spielt!

Ohnehin stehen bei den nächsten Wahlen wichtige Weichenstellungen an. Die Mehrheitsverhältnisse danach werden darüber entscheiden, wie die **wichtigen Fragen unserer Zeit** beantwortet werden:

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden darüber, wie es nach der Krise in unserem Land weitergehen soll. Sie entscheiden darüber, ob wir die richtigen Lehren aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen, und den Kräften des Marktes Regeln und Grenzen setzen. Wir entscheiden, ob wir eine solidarische Gesellschaft sein wollen, in der die Starken größere Lasten tragen als die Schwachen. In dem Programm der SPD, das Frank-Walter Steinmeier vor wenigen Tagen in Berlin vorgestellt hat, wird deutlich wie diese gerechte Lastenverteilung aussehen muss:

Wir wollen den **solidarischen Lastenausgleich in und nach der Krise**, und der besteht aus drei Elementen.

- Natürlich wollen wir **sehr hohe Einkommen stärker besteuern**. Wir wollen für absolute Spitzenverdiener den Spitzensteuersatz anheben. Diesen maßvollen „Bildungssoli“, wollen für die Kinder ausgeben. Für mehr Ganztagschulen, für gebührenfreie Kinderhorte und Kindergärten und gesundes Schulesen. Das hilft jedem einzelnen Kind und ist eine Investition in die Zukunft. Die Schwarz-Gelben wissen zwar nicht, was sie wollen, aber dieses Vorhaben lehnen sie ab. Sie machen weiter nach der Devise: „Wenn jeder nur an sich selbst denkt, dann ist an jeden gedacht!“
- Natürlich wollen wir, dass diejenigen einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, die bislang vom zügellosen Finanzkapitalismus profitiert haben. Darum und zur Eindämmung kurzfristiger Spekulation wollen wir die Einführung einer **Börsenumsatzsteuer**.
- Und natürlich wollen wir **Steuerhinterziehung noch härter als bisher bekämpfen**: In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust – in Länder, die damit dann Geschäfte machen. Wir werden diese Steueroasen austrocknen.

In den nächsten Monaten entscheiden wir alle darüber, wie es in unserem Land weiter gehen soll. Es geht um wichtige Weichenstellungen. Dabei wird es vor allem auch darum gehen, **in welchem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wir leben wollen**.

Lasst uns dabei eintreten für gerechte Entlohnung! Für Teilhabe aller an unserer Gesellschaft! Für Arbeitnehmerrechte und die generelle Gleichberechtigung von Frauen!

Kurz:

*Wir wollen einstehen für eine soziale und gerechte Gesellschaft,
Gute Arbeit und Mitbestimmung!*